

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 85 846 ppbn d

## Inhalt

Wilhelm Nöbel MdB, Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beschreibt, wie Postminister Schwarz-Schilling dem Ansehen des Parlaments schadet: Der Bock als Gärtner. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zweifelt, ob die neue türkische Verfassung den Weg zur Demokratie freigibt: Schwerwiegende Bedenken bleiben. Seite 2

Renate Zutt MdB erinnert an den 9. November 1938: Die Gefahr der Gleichgültigkeit. Seite 3

Fritz Riege MdL wendet sich gegen private Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber: Wohlfahrtsverbände gefordert. Seite 4

Dokumentation  
Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger vor der deutsch-israelischen Konferenz: Wasser auf die Mühlen der Gegner Israels. Seite 5

37. Jahrgang / 213

9. November 1982

### Der Bock als Gärtner

Postminister Schwarz-Schilling schadet dem Ansehen des Parlaments

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB  
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nun ist ja derjenige Minister der neuen Koalition, der sich von der ersten Minute an auf persönliche Publicity einstellte, nämlich Christian Schwarz-Schilling, schon zum Selbstläufer geworden.

Er braucht nichts mehr zu veranlassen - außer Dementis. Dabei dürfte er es schwer haben. Wer genauso in die Schußlinie gerät, ist der neue Kanzler, der durch seinen Sprecher vor-schnell und vorlaut erklären ließ, er habe alles gewußt. Wenn er wirklich alles gewußt hat, was jetzt Stück für Stück ans Tageslicht kommt, und noch kommen wird, wird er "diesem unsrem Lande" neu erklären müssen, was er unter "geistig-moralischer Erneuerung" versteht, er, der im Wissen um die Vorgänge, den "Bock zum Gärtner" gemacht hat.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird insbesondere prüfen, inwieweit sich Schwarz-Schilling als bisheriger Vorsitzender der Enquete-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" in Interessenkollision befunden hat.

Es ist zu erwarten, daß dem durch die Umstände im Zusammenhang mit dem Kanzlersturz angekratzten Image des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland erneut schwerer Schaden zugefügt wird. Die "Wende"-Männer entpuppen sich, einer nach dem anderen.

Es ist skandalös, wie unter fadenscheinigem, objektiv falschem innovations- und wirtschaftspolitischen Vorwand veraltetes Kupferkabel verlegt werden soll - mit der Folge einer dreifachen Fehlinvestition zu Lasten unserer Volkswirtschaft, wenn sich jetzt der wahre Grund herauschält: Geschäftemacher und CDU-Politiker sind identisch. Ein starkes Stück schließlich auch die Einschaltung der angesehenen Werbeagentur "Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Birgit Breuel".

Nicht nur die Frage der politischen Glaubwürdigkeit ist aufgeworfen. Die Tendenz geht sogar ins Anrüchige.

Eine schnelle und vollständige Aufklärung ist im Interesse aller geboten. Der Bundeskanzler und die sonst Beteiligten sind dabei in der Vorhand.

(-/9.11.1982/ks/ger)



Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

**Schwerwiegende Bedenken bleiben**  
-----

Die neue türkische Verfassung läßt am Weg zur Demokratie zweifeln

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

General Evren und der von seiner Militärregierung unterstützte Verfassungsentwurf hat in einer Volksabstimmung eine überwältigende Mehrheit gewonnen. Diese Zustimmung ist vor allem Ausdruck der Sehnsucht des türkischen Volkes nach innerem Frieden und der großen persönlichen Popularität General Evrens. Die große Zustimmung ist aber auch darauf zurückzuführen, daß für demokratische Alternativen aufgrund der weitgehenden Behinderung einer kritischen Diskussion in Presse, Rundfunk und Fernsehen und des Verbots der politischen Betätigung auch von demokratischen Politikern und Parteien nicht geworben werden konnte.

Die schwerwiegenden Bedenken, ob die Substanz der neuen Verfassung geeignet ist, die Rückkehr zur Demokratie zu fördern, bleiben bestehen: Dies gilt insbesondere für die Beschränkung der Rechte für ehemalige Politiker und Gewerkschafter und bedenkliche Einschränkungsmöglichkeiten für die Freiheit der Presse und die Tätigkeit von Gewerkschaft und politische Parteien. Außerdem müssen nach wie vor viele Bürger der Türkei schwere Menschenrechtsverletzungen erdulden. Foltervorfälle und Prozesse ohne angemessene Verteidigungsmöglichkeiten belasten das Ansehen des Staates.

Wir Sozialdemokraten erinnern daran, daß die Türkei als Mitglied der NATO und des Europarates besondere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse übernommen hat. Diese Verpflichtungen werden im Sinne der vom Deutschen Bundestag am 3. Juni 1981 einstimmig verabschiedeten Resolution weiterhin der Maßstab für unsere Entscheidung für die Freigabe der Mittel für die Soforthilfe zugunsten der Türkei bleiben.

Wir fordern noch einmal Bundesaußenminister Genscher auf, jetzt endlich dem Bundestag und seinen zuständigen Ausschüssen den seit langem versprochenen Türkeibericht der Bundesregierung vorzulegen. (-/9.11.1982/ks/ca)

+ + +



Die Gefahr der Gleichgültigkeit  
-----

Aus dem 9. November 1938 müssen aktuelle Konsequenzen gezogen werden

Von Ruth Zutt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gedenken hat einen Sinn nur dann, wenn es in die Zukunft weist. Am 9. November gedenken viele Menschen unseres Landes jener Bürger, die vor 44 Jahren im damaligen Deutschland verhöhnt, verhaftet, verschleppt wurden und schließlich ermordet worden sind. Wir gedenken eines Tages, der für alles Schlimme und Schreckliche steht, das im Namen von Deutschen begangen worden ist.

Zum Schlimmsten und Schrecklichsten in jenen Tagen und Jahren gehörte die Gleichgültigkeit der sogenannten Unbeteiligten. Die Stummheit und Regungslosigkeit derer, die die Verhöhnung, die Qual, die Verschleppung mitansahen, muß immer noch betroffen machen.

Viele unserer Landsleute, man kann sagen, die Bundesrepublik insgesamt, haben sich in den letzten Jahren nach Kräften um das bemüht, was man "Wiedergutmachung" und "Aus-söhnung" zu nennen sich angewöhnt hat. Aber: Von neuem sind wir in Gefahr, zu entsetzlich Gleichgültigen zu werden.

Überall in der Welt wird verschleppt, gefoltert, getötet oder auch "nur" verhöhnt. Wir sehen zu. Wir nehmen Notiz. Aber wir haben andere Sorgen. Wir vergessen rasch und gern. Was in Equador, in der Türkei, in Sibirien, in den Lagern von Beirut, in Südafrika geschieht: Wir beruhigen uns damit, daß wir "ja doch nichts ändern können".

Und hier bei uns beginnen wir, den Ausländern, die mit uns leben und arbeiten, aus dem Weg zu gehen. Das ist nicht viel anders, als man vor 44 Jahren den Juden aus dem Weg gegangen ist.

Ich halte es für eine Notwendigkeit nicht nur der Moral, sondern der Politik, ja: für eine des Überlebens - des Überlebens als Menschen -, daß wir uns dieser Gleichgültigkeit, dem Wegsehen, der Intoleranz und der Mißachtung von Minderheiten und sogenannten Unliebsamen aktiv widersetzen. Wir müssen ebenso den Gebärden der Stärke und Rücksichtslosigkeit, die gerade jetzt wieder in Schwung kommen, entgegen-treten. Wir müssen uns dem widersetzen, in der Politik wie im Alltag, und gegenüber jedermann. Nur dadurch - vielleicht - werden wir den Menschen gerecht, denen heute unser Gedenken gilt.  
(-/9.11.1982/ks/ca)

+ + +



**Wohlfahrtsverbände gefordert**  
-----

**Private Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber sind abzulehnen**

Von Dr. Fritz Riege MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Wir Sozialdemokraten appellieren herzlich an die freien Wohlfahrtsverbände: "Laßt Euch nicht von der 'Abschreckung' abschrecken!" Die Ablehnung, Gemeinschaftsunterkünfte von Asylbewerbern in die Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände zu übernehmen, sollte noch einmal überdacht werden.

Dabei verkennen wir nicht, wie schwer es der Arbeiterwohlfahrt, den Paritätén, dem Deutschen Roten Kreuz oder den konfessionellen Verbänden fällt, angesichts der Novellierung des Arbeits- und Sozialrechts für Asylbewerber als Träger solcher Unterkünfte zu fungieren. Es ist gut zu verstehen, wenn Wohlfahrtsverbände es mit der Satzung und dem Geist ihrer Arbeit nicht vereinbaren können, daß sie an einem Verfahren mitwirken, das Asylbewerbern weder Arbeitserlaubnis noch individuelle Sozialhilfe in bar gewähren will und das statt zu Einzel- zu Gemeinschaftsunterkünften zwingt. Es ist auch wirklich zu fragen, ob man unbedingt - vor allem in der Übergangszeit zwischen altem und neuem Recht - jede bereits bezogene Einzelwohnung räumen lassen muß, um den Bewerber in die Gemeinschaftsunterkunft umzusetzen. Vielleicht muß auch nicht jede gemeinsame Unterkunft für 150 bis 200 Plätze groß sein. Vor allem über die letzten beiden Punkte sollten die Politiker noch einmal nachdenken.

Aber soll man es wirklich so handhaben wie die CDU-Regierung in Niedersachsen, die es hinnimmt, daß sich private Träger solcher Gemeinschaftsunterkünfte mit "Abschreckungsmaßnahmen" überbieten - mit fragwürdigen Wohn- und Nahrungsangeboten, mit Zugangsbeschränkungen für Helfer aus Wohlfahrtsverbänden oder Bürgerinitiativen?. Sollten nicht gerade die Verbände, die uns die beste Garantie für menschenwürdige Verhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften geben, gegen mangelnde Nächstenliebe und Inhumanität helfen?

Die Tragik ist offensichtlich: Einerseits muß den Schlepperorganisationen mit ihren deutschen Helfershelfern Einhalt geboten werden, wenn sie Tamlén, Pakistanis, Türken, Chinesen und anderen Ausländern vorgaukeln, man könnte bei uns sein Glück machen. Andererseits verstärkt sich die Abwehrreaktion bei uns Deutschen bis hin zu einer Art Abschreckungs- und Abschiebungspsychose. In dieser Situation sollte man auf private Unternehmer von Gemeinschaftsunterkünften verzichten. Die Gefahr, daß daraus lebhafté Geschäftsbeziehungen mit Schlepperorganisationen (zum Beispiel über Ehereinrichtungen - Instituten zwischen Deutschen und Ausländern) entstehen, ist ebenos groß wie die Sorge, daß man sich in Abschreckungsmaßnahmen überbietet. Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber sind ein Wirtschaftsbereich, der sich zur Ausübung des Gewinnprinzips außerordentlich schlecht eignet. Darum wäre es gut, wenn wieder einmal - wie so oft - die Wohlfahrtsverbände in die Bresche springen und die Quadratur des Kreises möglich machen, indem sie trotz aller verständlichen Bedenken die Trägerschaft solcher Gemeinschaftsunterkünfte übernehmen.

(- / 9.11.1982 / ks / ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, hat am Montag an die deutsch-israelische Konferenz in Bad Honnef folgendes Grußwort gerichtet:

Wasser auf die Mühlen der Gegner Israels

Gerade heute, einen Tag vor dem 9. November, werden wir an den 9. November 1938 erinnert, der der grauenvolle Auftakt zur totalen Vernichtung unserer jüdischen Mitbürger in Deutschland und überall dort war, wo später Hitler seinen Fuß hinsetzte.

Mit der Erinnerung an diesen Tag sind wir uns immer wieder des besonderen deutsch-jüdischen Verhältnisses, der besonderen Verantwortung beider Völker füreinander bewußt.

Dies ist keine einfach Redensart, sondern aktuell und präsent.

Sie werden immer wieder Ihren Blick auf dieses Deutschland lenken, verehrte israelische Freunde, und aufmerksam beobachten, was sich in unserem Land tut.

Ich darf dazu sagen, es gibt zwei bemerkenswerte Tatsachen:

Es gibt das Aufarbeiten der Geschichte, das Suchen nach einem Begreifen des Unfaßbaren bei unserer jungen Generation, - zum zweiten Mal wird in diesem Jahr der amerikanische Fernsehfilm "Holocaust" ausgestrahlt -

und es gibt die andere Seite der Betrachtung, auch besonders der jungen Menschen, die den Staat Israel und seine Sicherheit für selbstverständlich halten, aber der israelischen Politik, besonders in den letzten Monaten kritisch gegenüberstehen.

Darüber unter Freunden zu sprechen, ist von äußerster Wichtigkeit. Es muß uns daran liegen, gegenseitiges Verständnis zu erreichen.

Wir Freunde Israels sehen mit größtem Bedauern, daß sich die Anzeichen eines Vertrauensschwundes oder sogar eines gewissen Umschwungs in der öffentlichen Meinung gegenüber Israel mehren.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Gegner Israels und der Juden überhaupt.

In der Bundesrepublik ist die Zahl der Rechtsextremisten klein, aber eine gewisse Sorge macht die Gewaltbereitschaft von einigen Hundert militanten Neonazis, die sich in Bombenanschlägen und Waffenfunden niederschlägt.

Der Antisemitismus dieser Gruppen ist mit dem Antizionismus "linker" Terrorgruppen im Ergebnis identisch. Die Verbindungen sind zum Teil international.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß der Einmarsch Israels in den Libanon und die Folgen nachwirkende kritische Diskussionen ausgelöst hat. Die Terroranschläge im Namen der PLO von München, Rom, Paris und der Anschlag auf den israelischen Botschafter in London neben vielen anderen Gewalttaten werden dadurch in den Hintergrund gedrängt.

Ich bin sicher, daß sich die Demokratie in Israel intensiv mit all den Geschehnissen auseinandersetzt - demonstrative öffentliche Bekundungen für das Leben und die Sicherheit aller Menschen in dieser Region haben das gezeigt.

Es darf nicht mehr gestorben werden.

Was die deutsche Politik und die Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Israel betrifft, so waren und sind sich die deutschen Regierungen immer ihrem besonderen Verhältnis zu Israel bewußt. Die vorbehaltlose Unterstützung des Camp-David-Prozesses durch die Europäer sowie die vergleichsweise ausgewogenen Erklärungen geben davon Kenntnis.

Ich persönlich habe immer die Auffassung vertreten, daß die Europäer sich mit Nah-Ost-Initiativen zurückhalten sollen, weil die Entwicklung dort zu allererst Sache der betroffenen Staaten und sodann der USA ist, die durch ihre Vermittlung im Camp-David-Vertrag eine friedensstiftende Rolle eingenommen haben und die im Unterschied zu den Europäern in der Lage sind, als Großmacht handfeste Sicherheitsgarantien abzugeben.

Im Rahmen dessen als deutsche Parlamentarier unsere guten Dienste anzubieten, verspreche ich Ihnen im Namen meiner Kollegen.

Lassen Sie uns die beiderseitigen Kontakte pflegen und ausbauen - übrigen sollten wir dazu beitragen; noch mehr Austauschprogramme für die jungen Menschen zu ermöglichen - in der Hoffnung, zum Frieden im Nahen Osten einen Beitrag leisten zu können.

Für uns ist die jüdische Identität: Demokratie, Freiheit, Humanität. (-/9.11.1982/ks/ca

+ + +